

sch zu diesen Parteien anders als in schärfster Gegensatz zu stellen.

Aber auch der Sozialdemokratie gegenüber ist Mühsam durchaus am Platz. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Demokratie mit ihr in der Abwehr aller konterrevolutionären Bestrebungen übereinstimmt, daß sie auch die heutige provisorische Regierung in ihrem Bestreben, für Ordnung, Frieden, Brot und Freiheit zu sorgen, unterstützt. Das darf sie indessen nicht hindern, sich auch des Gegenteils gegen links bemerkt zu lassen. Wie die Sozialdemokratie aus dem großstädtischen Proletariat hervorgegangen ist, so können die Kreislauf ihrer Entwicklung auch heute noch an. Selbst wenn die Reichssozialdemokratie den ersten Willen hat, sich zu einer alle Volkinteressen umfassenden Partei umzuformen, so darf man nicht übersehen, daß sie in ihrer ganzen Organisation auf die Klasse der industriellen Arbeiter angewiesen ist und hier auch heute noch ihren Schwerpunkt findet.

Nach rechts und links hat die Demokratie sich selbst zu behaupten. Die Deutsche demokratische Partei macht erst mit dem Bewußtsein zum Selbstzweck. Sie kennt keine Klassenherrschaft und keine Bevorzugung einzelner Stände. Sie ist jung und bildungsfähig und da sie auch selbst ein völlig demokratisches Grundgesetz aufbaut, ist sie in jedem Hinsicht die Möglichkeit, sich im weiten Rahmen des demokratischen Gedankens zur Geltung zu bringen. Zu ihr müssen sich notwendig alle Wähler stellen, die sich freudig zur deutschen Republik bekennen, die keinen Jungensstaat, sondern einen freien Staat wollen. Bei der bisher vorliegenden Wahlen in den Einzelstaaten hat die Deutsche demokratische Partei bereits ihr Erstlingsstück bewiesen. Die Wahlen vom 19. Januar müssen die breite demokratische Grundlage für das gesamte Reich schaffen.

Schwere Niederlage der Unabhängigen in Bayern.

Wahlresultat im ganzen nur 4 Landtagsmandate. (Telegramm aus jenen Bezugsbezirken.)

München, 13. Januar. Der Stand der Ergebnisse am Montagabend 8 Uhr: Von 191 rechtsgerichteten Distriktsverwaltungsbehörden liegen die einstufigen Wahlergebnisse zum bisherigen Landtag für 147 Distriktsverwaltungsbezirke vor. Hiernach entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien:

- Bayrische Volkspartei (Zentrum) 1072 011,
- Wehrheitssozialisten 919 391,
- Deutsche Volkspartei 408 310,
- Bayrischer Bauernbund 322 022,
- Unabhängige 75 098.

In den Zahlen sind die Wahlergebnisse von Nürnberg ganz, jene von München zum größten Teil mitzuzählen. In der Summe, die durch die noch ausstehenden Resultate das Stimmenergebnis der einzelnen Parteien zueinander sich nicht erheblich verändert, drücken als Ergebnis der Wahlen auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 56 Abgeordnete, auf die Sozialdemokratische Partei 50 Abgeordnete, auf die Deutsche demokratische Partei 22 Abgeordnete, auf den Bayerischen Bauernbund 18, auf die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen Sozialdemokraten 4 Abgeordnete entfallen.

Die neuen Kriegsteuergesetze

werden heute abend im Reichstag in Entwurf veröffentlicht werden. Die Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich um zwei verschiedene Gesetzentwürfe, nämlich einmal um die außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919 und ferner um die Kriegsteuergesetze zum Vergleichungswert. Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 lehnt sich an das Gesetz für 1918 an. Es enthält wieder die Abgabepflicht der Einzelpersonen, die einmal in einer Abgabe von Reichseinkommen und zweitens in einer Abgabe von absoluten Vermögen besteht, wobei die gleichen Steuerhöhe wie für das Jahr 1918 gelten sollen. Die Abgabe von Vermögen soll aber nur dann erhoben werden, wenn die gesamte große Vermögensabgabe nicht ausreicht. Es handelt sich hierbei also um ein Gewinnaufschlag. Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 regelt auch die Abgabepflicht der Gesellschaften ähnlich wie im Vorjahre, nur daß der Höchststeuersatz 80 Prozent (i. S. 60 Prozent) des Reingewinns beträgt. Er ist unter anderem in allen solchen Fällen zu geben, in denen der Reingewinn über 1 Million Mark hinausgeht. Die Abgabe ist „progressiv“, d. h. der Höchstfuß stellt den Ausgangspunkt für die Bemessung dar, und in gewissen Fällen fällt die Abgabe in dem Maße ab, wie der Reingewinn abnimmt. Es ist also in dem Maße der Reingewinn durch die Kriegsteuern vollständig aufgezehrt oder sogar überschritten werden konnte, ist zu bemerken, daß die Abgabe einschließlich des auf den Reingewinn entfallenden Teils der Einkommensteuern nur nicht über 90 Prozent des Reingewinns hinausgehen darf.

Der Gegenstand betreffend die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs betrifft nur Einzelpersonen. Es wird der Vermögenszuwachs erklärt, der in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1919 erzielt worden ist. Die Basis ist Grund des Kriegsgesetzes von 1916 gebildet. Die Abgabe vom Vermögenszuwachs wird als eine Fortsetzung an das Jahr betrachtet und von dem jetzt zu leistenden Abgabebetrag für die gesamte Kriegszeit in Abzug gebracht. Abgesehen vom Vermögenszuwachs dürfen, wie schon im Vermögenssteuergesetz von 1916, werden u. a. Erbschaften, aber nur soweit, als sie beim letzten Steuerjahr nicht steuerpflichtig gewesen wären. Erbschaften bei der Scheidung u. dergleichen, so daß alle Vermögensübertragungen auf Ehegatten, Kinder usw. nicht die Möglichkeit der Steuerbefreiung gewährt. Um eine Befreiung solcher Vermögensüberträge zu erreichen, soll eine verbriefte Anwartschaft der Ehefrau und der Kinder eingeführt werden. Steuerpflichtig sind ferner die im Vermögenssteuergesetz in ausländischen Grund- und Vermögensgegenständen angelegten Beträge sowie die zum Zwecke von Schenkungen, Anleihen und Vermögensübertragungen der beschriebenen Art verwendeten Summen. Der Kapitalertrag aus dem Ausland und der Kapitalertrag für die Zeit, die dem Kapitalertrag zugeordnet worden. Man ist in dem Entwurf die Bestimmung, daß auch Ausgaben für sonstige Auslandsaufwendungen, wie z. B. Möbel, Reiseausgaben usw., wenn sie 10 000 Mark übersteigen, steuerpflichtig sind, 3000 Mark Vermögenszuwachs sind völlig steuerfrei. Die Abgabepflicht beginnt mit 10 Prozent für den weiteren 10 000 Mark und steigt in ähnlicher Progression bis auf 80 Prozent, ein Exp. der bei 500 000 Mark erreicht wird. Niemand soll aber einen größeren Vermögenszuwachs behalten dürfen als 100 000 Mark. Das Vorübergehende soll völlig steuerfrei werden. Einige Beispiele werden den Umfang der Steuer praktisch erläutern: Bei einem Vermögenszuwachs von

Die Streifbewegung unter den Eisenbahnern.

Wie wir erfahren, besteht nur unter den Arbeitern der Berliner Werkstätten, deren Personal nur einen Bruchteil des Eisenbahnpersonals ausmacht, ein Streik. Beschlossen gegen den Generalstreik ist die Beamtenschaft und der weitaus größte Teil der Arbeiterklasse des Fabrik-, Verkehrs- und Betriebsdienstes. So hat die Zustimmung auf dem Vorstand der Bahnhöfe 77 Stimmen gegen und nur 15 für den Generalstreik gegeben. Nur den Generalstreik haben zum Teil Arbeiter geteilt. Die auf Grund der Annahmestriche von Straßen bereit und ebenso durch Vermittlung der Arbeiterklasse wieder in den Dienst eingestuft worden sind. Außer den Werkstättenarbeitern sind auch die Arbeiter der Anstalten Güterabfertigung an der Demostationsvermittlung geschlossen beteiligt gewesen, und hier war es allein der Einfluß des radikal gestimmten österröhrerischen Mittel. Zum Teil hat die Arbeiterschaft auch nur an dieser Vermittlung teilgenommen, weil man sie über die Ziele vollständig im Unklaren gelassen hat. So erklärte man ihnen, daß die Regierung Ober-Scheidemann bei den Vorfällen am 23. und 24. Dezember 1918 vor dem Schloß gegen mangelnder Geschäftsfähigkeit und Energielosigkeit nicht tätig gewesen sei, dieses Mißgeschick aber zu werden und aus diesem Grunde der sofortige Rücktritt gefordert werden müsse. Gleiches hat die Rolle der Unabhängigen „Gegen den Brudermord“ die Arbeiterschaft verurteilt. Als die Unabhängigen erklärten, daß die parlamentarische Generalstreik nicht zum Ziele führen, sondern nur den letzten Augen der Mode ihre Launen und Launen umher unter der Rolle „Gegen den Brudermord“ die Arbeiterschaft zu vereinen und aufzuheben. Dabei ist natürlich übersehen worden, daß das Hauptziel nicht die Verdrängung des Brudermordes, sondern lediglich der Sturz der neuen Regierung war und dadurch die Gesamtheit der Unabhängigen und Parteien erreicht werden sollte. Zugegeben muß

werden, daß es ein großer Fehler der früheren Verwaltung gewesen ist, jede politische Beteiligung in den Bereichen zu unterbinden. Nur dadurch war es möglich, daß die Unzufriedenheit sich so radikal auszuweiten konnte. Es muß, so wird aus den Eisenbahner erklärt, ausbleiben zurückgewiesen werden, daß einige Tausend Berliner Arbeiterklasse sich sammeln, für ein Arbeiterjahr von über 600 000 Arbeitern zu sprechen. Wird in der Höhebeziehung, daß die übertriebene Mehrzahl der Eisenbahner die große Gefahr erkennt, die für unsere ganze Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr aus einem Generalstreik entstehen würde.

Der Streik beschlossen.

Es ist den angelegentlich Bemühungen des Berliner Eisenbahnpräsidenten Luff und des Vorsitzenden des Zentralrats, Feinert nicht gelungen, den Streik der Bahnarbeiter zu verhindern. Eine Arbeiterklasse hartnäckiger Streiker, die durch Proben auf ihre Kameraden einwirkten, gelang es, die Eisenbahnarbeiter zu terrorisieren und zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Die Beamtenschaft, die der Eisenbahnpräsident vorbrachte, haben nicht genügt. Die Vermittlung des Ministers ist nun wieder ganz abgefallen. Man hielt den Arbeitern vor, daß sie die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Groß-Berlins in Frage stellen und eine Hungernot herbeiführen könnten. Man wies auf den Schaden hin, den das Geschäftswesen durch das Ausbleiben der Eisenbahner erleiden würde, was für reichlich ist. Die besonnenen Elemente unterliegen, und die Anhänger der U. S. P. D. und des Spartacus-Bundes erhielten die Oberhand, um einen Einheitsstreik „gegen den Brudermord“ zu beschließen, in dem sie sich die Sympathien der Groß-Berliner Bevölkerung verschaffen werden.

Die Revolutionsregierung Ledebour-Liebnecht-Schölze.

Jüngstige Verhandlungen. Erst nachträglich erfährt man, welche Personen dazu bestimmt waren oder sich selbst dazu bestimmten, die Regierung über Scheidemann-Vandenberg-Rose-Weiß abzulösen. Der „Vorwärts“ gibt das Gesamte eines Schriftstüdes, das folgenden Wortlaut hat:

Kameraden! Arbeitler! Die Regierung über Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von den untergeordneten Revolutionskomitees, der Verteilung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei) für abgelehnt erklärt. Der untergeordnete Revolutionskomitee hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Kameraden! Arbeitler! Folgt Euch den Maßnahmen des Revolutionskomitees an.

Berlin, den 6. Januar 1919.

i. A. Ledebour, Liebknecht, Schölze.

Dieses Schriftstück wurde am 6. Januar dem Central-Comitè der Arbeiter in Kriegsministerium von einem Matrosen aus dem Marzoff überreicht, der an der Spitze von 300 Bewaffneten vor dem Kriegsministerium mit dem Auftrage erschien, das Kriegsministerium zu besetzen. Bekannt kam dem Reichspräsidenten, daß die Unterzeichneten der „neuen Regierung“ nur mit der Wahrung geschäftlicher und daher nicht revolutionärer Interessen, darauf von der Watsche mit seinen Begleitern wieder nach dem Marzoff und nun noch gerettet sei mit dem handchriftlich unterzeichneten Dokument der neuen Regierung. Tatsächlich trägt das Schriftstück die Unterzeichneten Liebknecht, i. A. Paul Schölze, i. A. des augenblicklich abwesenden Ledebour Liebknecht.

Damit war für die fünf Volksbeauftragten die Sachlage schon am 6. Januar völlig geklärt. Um so eigenartiger werden die weiteren Verhandlungen der jüngstigen Verhandlungen. Man erfährt daraus, daß in der Nacht zum Dienstag die Unabhängigen Rautek, Breitscheid und Dittmann in der Reichstagskammer erschienen, um ihre Vermittlung anzubieten. Während dieser Verhandlungen führte der Spartacus-Bund die Verhandlungen weiter, welche die Reichsbrüder, die Eisenbahner und zwei Arbeiterführer, die Zugewandten sich Zentralrat und die Volksbeauftragten die Fortsetzung der Verhandlungen nicht verließen. Am Dienstag und Mittwoch wurde dann auch weiter verhandelt, obwohl die Unterhändler erklärten, daß sie für den Spartacus-Bund eine Erklärung, die beiden Druckerinnen zu räumen, nicht abgeben könnten. Obwohl am Donnerstag die Regierung die Macht mittel hatte, die Druckerinnen zu entlassen, wurde noch immer verhandelt, weil die Arbeiter die Freiheit wieder erlangt und bis zum letzten Verhandlungstag die Freiheit wieder erlangt werden mußte. In diesem Zuge erklärte der Reichspräsident Eichhorn, daß er den „Vorwärts“ zwar nicht räumen, aber die bürgerliche Presse freigegeben wolle, wenn sie sich einen Zensur gefallen ließe. Der Bericht des „Vorwärts“, der von den fünf Volksbeauftragten und den Vertretern des Zentralrats Feinert und Hermann Müller unterzeichnet ist, als ein authentisches gelten muß, folgte mit folgenden Sätzen:

„Es wurde von Montag mittags bis Freitag abend verhandelt, während die um die Grundgesetze der Revolution hangenden Fragen möglichst geklärt. Die Länge noch soll uns eine freundliche Wiederkehr nach russischer Methode verzeihen! Würde verweigert und bis zum letzten Verhandlungstag die Freiheit wieder erlangt werden sollte. Erst als klar wurde, daß weitere Verhandlungen keinen Zweck haben könnten, weil die freiwillige Abgabe des „Vorwärts“ und die Arbeiterschaft der unabhängigen Arbeiterklasse nicht zu erzwingen werden. Angewandte Quantitäten war aber auch deshalb nicht mehr möglich, weil uns nur noch acht Tage von den Wahlen zur Reichsversammlung trennten, und für die Arbeiterschaft die Freiheit wieder erlangt werden mußte. In kurzer Zeit war der „Vorwärts“ geklärt, waren die übrigen Druckerinnen entlassen. Jeder sah dabei, daß dieses Blutvergießen haben Eichen und seine Reue, der Spartacus-Bund nicht in Berlin Zeitung der U. S. P. D. der die Geschichte zu verantworten, und niemand anders.“ Wenn die Regierung mit dieser Darstellung den Beweis liefern will, daß sie der „neuen Regierung“ gegenüber bis zur äußersten Grenze der Machtpolitik gegangen ist, dann hat sie ihn voll und ganz erbracht. Um so mehr aber vermehrt man bei ihr die in so kritischer Lage nötige Tatkraft. Obwohl bei

Protokoll der deutschen Regierung gegen den Finanzvorschlag der Entente.

Die deutsche Regierung hat heute durch die Wallenstein-Veröffentlichung erklärt, daß sie sich nicht an dem über die künftigen Finanzfragen folgende Note übergeben lassen. Die Note in Bezug auf die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandes hat die deutsche Regierung nicht an dem Finanzvorschlag der Entente teilnehmen lassen. Sie hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde.

Finanzielle Schwierigkeiten Deutschlands der Entente gegenüber.

Es wird davon in der Privatnote der deutschen Regierung erklärt, daß die deutsche Regierung sich nicht an dem über die künftigen Finanzfragen folgende Note übergeben lassen. Die Note in Bezug auf die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandes hat die deutsche Regierung nicht an dem Finanzvorschlag der Entente teilnehmen lassen. Sie hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde.

Die deutsche Regierung legt Bericht gegen die Note nachdrücklich und ernste Verwahrung ein.

Die deutsche Regierung legt Bericht gegen die Note nachdrücklich und ernste Verwahrung ein. Es erklärt, daß die deutsche Regierung sich nicht an dem über die künftigen Finanzfragen folgende Note übergeben lassen. Die Note in Bezug auf die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandes hat die deutsche Regierung nicht an dem Finanzvorschlag der Entente teilnehmen lassen. Sie hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde. Die deutsche Regierung hat sich entschieden gegen den Finanzvorschlag der Entente ausgesprochen, der die Entente zu einer Einheitsregierung zwingen würde.

(Wir haben im Zentralrat der heutigen Morgen Ausgabe die finanzpolitischen Resolutionen der Entente bereits eingehend kritisch besprochen. Die Redaktion.)

